

BESCHLUSS

des Bundesvorstandes der FDP, Berlin, 31. März 2014

Der Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei hat auf seiner Sitzung am 31. März 2014 beschlossen:

Wissenschaft zwischen Rechten und Pflichten – Open Access fördern

Der Freie Demokratische Partei sieht Open Access als Chance für die Wissenschaft: Forscher und Forscherinnen können unabhängig von großen Verlagen, ohne hohe Kosten und für alle frei zugänglich ihre Publikationen veröffentlichen. Zugleich haben Studierende einen freien Zugang zu diesen wissenschaftlichen Werken und sind nicht abhängig von Lizenzen ihrer Universitäten bzw. Bibliotheken.

Die FDP fordert daher:

- Die Einführung eines unabdingbaren Zweitveröffentlichungsrechtes für Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen mit einer Sperrfrist von 12 Monaten für die Postprintversion einzuführen. Individuelle Vereinbarungen zwischen Wissenschaftlern und Verlagen, die weitergehend sind, indem sie beispielsweise die Sperrfrist verkürzen, sind begrüßenswert. Zudem sollen ähnliche Regelungen auch auf europäischer und internationaler Ebene angestrebt werden, um eine Benachteiligung des deutschen Wissenschaftssystem zu verhindern.
- Die Einführung der Bedingung der obligatorischen Open-Access-Publikation an aus öffentlichen Drittmitteln geförderter Forschung.
- Den Zusammenschluss von Universitäten und Bibliotheken wo immer sinnvoll, die Nachfrage der Studierenden zu bündeln und somit einen größtmöglichen Zugang zu den durch Lizenzen beschränkte Periodika zu ermöglichen sowie eine größere Verhandlungsmacht gegenüber den Verlagen zu erhalten.